

1.Mai 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich grüße euch im Namen der SeniorInnen in allen DGB-Mitgliedsgewerkschaften hier in Hamburg.

In Deutschland ist schon seit längerer Zeit eine **Umverteilung** von unten nach oben und von der Finanzierung der sozialen Zivilgesellschaft hin zu einer Rüstungsspirale und Kriegstüchtigkeit im Gange. Dagegen wehren sich auch die RentnerInnen und PensionärInnen in unseren DGB-Gewerkschaften. Wir sind schließlich ExpertInnen dafür, wie ein schwächelnder Sozialstaat sich auf das Leben jedes und jeder Einzelnen auswirkt, sind doch 20,8% der RentnerInnen von Altersarmut betroffen, also jede*r Fünfte, und diese Zahl wird wachsen.

Gerade jetzt hat die Bundesregierung einen Großangriff auf unser bewährtes, umlagengfinanziertes **Rentensystem** gestartet mit der Behauptung, die Rente sei auf Dauer nicht mehr bezahlbar. Und das sagen allen voran ausgerechnet die Jüngeren Abgeordneten der CDU im Bundestag, die selbst nie mit einer gesetzlichen Rente auskommen müßten. Schuld sollen jetzt die Babyboomer sein, davon gibt es angeblich halt zu viele, die haben aber ein ganzes Berufsleben Rentenbeiträge gezahlt. Eine relativ geringe Unterfinanzierung in der Rentenkasse ist aber in Wahrheit nur bis ungefähr 2030 zu erwarten, also nur für wenige Jahre. Das müsste in einem der reichsten Länder der Welt zu verkraften sein.

Stattdessen wird jetzt von einem Dreisäulenmodell geredet, bei dem die knappe Rente ergänzt werden soll mit Betriebsrenten, zu denen aber immer nur ein Teil der ArbeitnehmerInnen Zugang haben und von börsengestützten Spekulationsfonds. Es sollen also auch die Menschen mit geringem Einkommen einen Teil davon noch in unsichere Spekulationen stecken.

Das wollen wir so nicht hinnehmen! Die umlagefinanzierte Rente muss für ein gutes Leben reichen!

Finanzierbar wäre eine auskömmliche Rente für alle, wenn auch alle Selbständigen und dann auch die Beamt*innen in die Rentenkasse einzahlen würden, und dann hätten auch die GeringverdienerInnen eine auskömmliche Altersversorgung. Österreich macht uns vor, dass und wie das geht.

Stattdessen hetzt man gegen eine andere Berufsgruppe: Die **Beamt*innen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Richtig ist, BeamtInnen zahlen nicht in die Rentenkasse ein. Das könnten sich die Staatskassen so auch gar nicht leisten, dann wären nämlich die Arbeitgeberanteile fällig. Übrigens reden wir hier nicht nur von RichterInnen, LehrerInnen und StaatssekretärInnen, Beamte sind auch die StreifenpolizistInnen, die bei Fußballspielen verhindern, dass die Fans sich die Köpfe einschlagen, die Feuerwehr und die SachbearbeiterInnen in den Verwaltungen der Behörden, die zwar die Vorschriften nicht machen, sie aber umsetzen müssen, alles Einkommensgruppen mit einem eher knappen Gehalt.

Wie geht die Stadt Hamburg mit ihren BeamtInnen um? Der gerade erkämpfte, eher mickerige Tarifabschluss ist für die BeamtInnen immer noch nicht übernommen und

ausgezahlt, weil die Stadt Hamburg, allen voran Herr Dressel erst mal rechnen müssen, wie sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auswirkt, nach dem die Hamburger BeamtInnen seit Jahren keine angemessene Bezahlung bekommen.

Die PensionärInnen müssen übrigens seit 2011 zusätzlich noch gegen die Streichung des damaligen 13. Gehalts, des Weihnachtsgeldes klagen. Das wurde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes damals auf die 12 Monatsgehälter umgelegt, ausgerechnet bei den PensionärInnen wurde das Weihnachtsgeld einfach gestrichen. Bis heute haben wir keinen Pfennig davon gesehen, und es bleibt abzuwarten, ob wir bei dem Übernahmegesetz des Tarifabschlusses hier weiter übergangen werden.

Der Hamburger Senat plant dafür wieder die **Regelanfrage für alle, die sich neu für den Öffentlichen Dienst bewerben**, bei der jede BewerberIn, egal ob BeamtIn oder Angestellte in der Uni, in der Schule, in der städtischen Kita, als Hausmeister usw. durch den Verfassungsschutz mit seinen dubiosen Methoden überprüft werden soll, - Regelanfrage ist also nur ein hübsches neue Wort für Berufsverbote. Wir wissen aus der Erfahrung mit den alten Berufsverboten, dass hier hauptsächlich nach links gesehen wird, der Verfassungsschutz war schon immer auf dem rechten Auge blind. Wir wollen keine erneute Verunsicherung aller kritischen Menschen. **Wir sagen Nein zu neuen Berufsverboten!**

Und nun zum **Gesundheitssystem**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Da hat kürzlich die Kommission der Bundesregierung ihre Vorschläge unterbreitet, der Gesetzentwurf der Regierung ist fertig: Leistungen sollen zusammengestrichen werden, die Rezeptgebühren sollen erhöht werden, usw. Geht's noch?

Für die Rüstung wurde ein nach oben offenes **Sondervermögen** beschlossen, aber unser Gesundheitssystem soll nicht mehr finanzierbar sein? Menschen mit geringem Einkommen sollen überlegen, ob sie sich ihre Medikamente oder doch lieber ein warmes Essen kaufen - gleichzeitig macht die Rüstungsindustrie Milliardengewinne auf Staatskosten, die Börsenkurse gehen durch die Decke.

Die Kommission ist nicht mal auf die Idee gekommen, dass man ja vielleicht die Beitragsbemessungsgrenze deutlich nach oben verschieben sollte, die geplanten 300€ sind angesichts der steigenden Preise lächerlich.

Dagegen soll die Zuzahlung im Pflegeheim auf über 3500€ monatlich ansteigen.

Diese Umverteilungen von unten nach oben und von Zivilgesellschaft in Rüstungsspirale nehmen wir GewerkschafterInnen nicht hin. Wir SeniorInnen im DGB arbeiten deshalb zusammen mit den Sozialverbänden und dem Landesseniorenbeirat im **Bündnis gegen den Sozialkahlschlag**. Das Bündnis hat zu dieser Demo am 1. Mai aufgerufen, weitere Aktionen werden folgen, haltet Augen und Ohren offen und beteiligt euch. Denn für diesen Kampf wird man nicht zu alt. Deshalb brauchen unsere Gewerkschaften auch nach wie vor uns SeniorInnen, nicht nur wegen der Beiträge, sondern weil wir uns weiter aktiv mit all unserer Erfahrung und ehrenamtlich für unsere gewerkschaftlichen Belange einsetzen.

In diesem Sinne Euch allen weiterhin einen kämpferischen ersten Mai.